

http://www.focus.de/finanzen/news/staatsverschuldung/krisen-gipfel-in-berlin-merkel-und-sarkozy-planenden-euro-doppelschlag_aid_700829.html

Finanztransaktionssteuer

Rösler verärgert über Pläne von Merkel und Sarkozy

Montag, 09.01.2012, 17:04



Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy sind sich in vielen Punkten einig

REUTERS

Kanzlerin Merkel und Frankreichs Präsident Sarkozy wollen den Rettungsschirm ESM schneller mit Mitteln bestücken, als zunächst geplant. Außerdem soll die Finanztransaktionssteuer kommen. Mit dieser Idee verärgert Merkel allerdings die FDP.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy dringen darauf, den dauerhaften

Rettungsschirm ESM schneller als bisher geplant handlungsfähig zu machen.

Deutschland und Frankreich seien in Absprache mit anderen Euro-Ländern bereit, das Geld schneller einzuzahlen, sagte Merkel am Montag in Berlin nach einem Treffen mit Sarkozy. „Wir sind einig, dass wir den ESM schneller kapitalisieren wollen“, betonte auch Frankreichs Präsident.

Der Fonds soll angeschlagenen Euro-Staaten etwa mit Krediten helfen. 500 Milliarden Euro sollen ihm dafür zur Verfügung stehen. Auf dem letzten EU-Gipfel im Dezember hatten die Staats- und Regierungschefs beschlossen, den ESM um ein Jahr auf Mitte 2012 vorzuziehen. Voll einsatzfähig ist der Rettungsmechanismus ESM aber erst, wenn die Länder die anvisierten 80 Milliarden Euro eingezahlt haben. Ursprünglich war vereinbart worden, dass das Kapital über fünf Jahre gestreckt aufgebaut wird. Deutschland hätte danach jährlich Tranchen von 4,3 Milliarden Euro zahlen müssen. Nun ist in Regierungskreisen in Berlin aber davon die Rede, bereits 2012 mindestens die Summe von zwei Tranchen, vielleicht auch mehr, zu überweisen.

Dem Wachstum Beine machen

Zur Rettung des Euros setzen Deutschland und Frankreich neben der Haushaltskonsolidierung auch auf Wachstumsimpulse. Beide Länder würden demnächst Vorschläge für mehr Wachstum und Beschäftigung machen, kündigte Bundeskanzlerin Merkel an. Das sei das „zweite Bein“, das gebraucht werde. Derzeit werde eine Übersicht über die verschiedenen Arbeitsmarktregelungen in der EU erstellt, um „von den Besten zu lernen“. Mit Blick auf den EU-Gipfel Ende des Monats sollten dann Vorschläge vorgelegt werden. Bei dem Gipfel soll es insbesondere darum gehen, wie trotz der Eurokrise Arbeitsplätze entstehen können und das Wachstum gestärkt werden kann. Diese Frage haben die Euro-Staaten bisher stark vernachlässigt. Im Vordergrund stand vor allem die Reform des Stabilitätspaktes und Sparmaßnahmen.

Merkel und Sarkozy machten sich erneut für eine Finanztransaktionssteuer stark. Sie sei „persönlich“ für die Einführung der Finanztransaktionssteuer, sagte Merkel. In der schwarz-gelben Regierung in Berlin gebe es aber „noch keine Einigung“ dazu. Zunächst solle bis März eine Stellungnahme der EU-Finanzminister zu dem Thema abgewartet werden. Notfalls könne die Steuer auch nur in der Eurozone eingeführt werden. Eine Finanztransaktionssteuer in der gesamten EU gilt **wegen des britischen Widerstands** als schwierig.

FDP übt Kritik

Mit ihren Überlegungen zur Finanztransaktionssteuer verärgerte die Bundeskanzlerin den Koalitionspartner FDP. Eine solche Steuer ergebe nur Sinn, wenn sie in allen 27 EU-Staaten eingeführt werde und nicht nur in den 17 Staaten, die den Euro als Währung teilen, sagte FDP-Chef Philipp Rösler der „Frankfurter Rundschau“ vom Dienstag.

„Ich bleibe dabei, eine solche Steuer muss für alle EU-Staaten gelten“, sagte Rösler. „Sonst führt die Finanztransaktionssteuer zu Wettbewerbsverzerrungen und belastet unseren Finanzstandort Deutschland einseitig.“ Dies müsse das gemeinsame Ziel der schwarz-gelben Bundesregierung bleiben. Nationale Alleingänge bei der

Finanztransaktionssteuer lehnte Rösler ab.

Opposition geht alles zu langsam

SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles bekräftigte die Forderung ihrer Partei nach einer Finanztransaktionsteuer. So könnten die nötigen Mittel für neue „Wachstumspfade“ zur Verfügung gestellt werden. Sie warf Merkel vor, Sarkozy in dieser Frage mit Rücksicht auf ihren Koalitionspartner FDP zu bremsen.

Auch die Grünen verlangten von Merkel die Einführung der Finanztransaktionsteuer. Merkel müsse zeigen, dass es ihr ernst sei mit dem Bekenntnis zu der Steuer, sagte Grünen-Chefin Claudia Roth zum Auftakt der Grünen-Vorstandsklausur am Montag in Wörlitz.

Die Bundeskanzlerin hatte Sarkozy zuletzt vor rund einem Monat in Paris getroffen. Damals legten beide ihre Vorschläge zur Euro-Krise vor, darunter Vertragsänderungen und automatische Sanktionen für Defizitsünder. Dieser sogenannte **Fiskalpakt war beim EU-Gipfel im Dezember vereinbart worden**. Geplant ist, ihn spätestens am 1. März zu unterzeichnen. Die Verhandlungen zur Umsetzung des Pakts über einen zwischenstaatlichen Vertrag laufen derzeit. Sie kämen gut voran, sagte Merkel.

scb/Reuters/AFP